

■ Schwarz-rotes Milliardenpaket – Segen oder Fluch?



Die Stabilität des Euro hängt stark von der finanziellen Solidität der Bundesrepublik ab.

Verteidigungsausgaben, die von der Schuldenbremse ausgenommen werden sollen, und ein Infrastrukturfonds in Milliardenhöhe? Welche Folgen hat das? Die Ökonomen Oliver Landmann und Tim Krieger im Interview.

Die Reaktionen auf die Ankündigung der möglichen Regierungskoalitionäre Union und SPD, einen 500 Milliarden-Euro-Infrastrukturfonds aufzulegen und Verteidigungsausgaben jenseits von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts von der Schuldenbremse auszunehmen, stößt auf unterschiedliche Reaktionen. Das wirtschaftsliberale Magazin Economist titelt „Fantastisch, Friedrich“. Die Badische Zeitung schreibt dagegen von Maßlosigkeit und einem finanzpolitischen Dammbbruch. Einig ist man sich in einer Hinsicht. Der Wumms hat historische Dimensionen. Zum Vergleich: Die Ampelkoalition ist wegen des Streits um wenige Milliarden Euro zerbrochen.



Oliver Landmann

Herr Krieger, Herr Landmann, wie schätzen Sie die CDU-SPD-Pläne zu den massiven Ausgabensteigerungen ein? Teufelszeug oder ein Schritt hin zu besseren Zeiten?

Landmann: Die ersten Meldungen über die Pläne von CDU und SPD klangen in der Tat ziemlich fantastisch. Allein schon von den Größenordnungen her, die im Raum standen. Es klang so, als erhielten Verteidigung und Infrastruktur endlich die ihnen gebührende Priorität. Als ich jedoch das Sondierungspapier las, war ich sehr enttäuscht. Von einer bedingungslosen Priorisierung war da kaum mehr etwas zu sehen.

Krieger: Ich sehe das ähnlich, aber meine Begeisterung hielt sich von Anfang an in Grenzen. Was der Economist und viele

andere Europäer begrüßt haben, war, dass Merz Führungskraft an den Tag gelegt hat – sowohl verteidigungs- als auch wirtschaftspolitisch. Wenn man sich aber jetzt die Details anschaut, dann kommt bei mir das Gefühl auf: Es ist so wie in der alten Bundesrepublik. Man nimmt große Geldbeträge und verteilt sie ziemlich planlos. Es geht dabei aber um sehr viel Geld, entsprechend hoch sind die Risiken. Ich halte die Pläne deshalb für maßlos.

Können Sie Beispiele für diese Planlosigkeit nennen?

Krieger: Nehmen Sie die Gesundheits- und die Pflegepolitik. Wir schieben seit vielen Jahren notwendige Reformen vor uns her. Dazu gibt es aber in den Plänen von CDU und SPD nur sehr vage Aussagen. Am Ende wird man dann doch nur zusätzliches Geld ins System schießen. Bei der Rente ist man mit der Fixierung des Rentenniveaus etwas konkreter. Aber dies kann das Land sich nur leisten, wenn die Wirtschaft kräftig wächst und zusätzliche Arbeitskräfte ins Land kommen. Wie genau das geschehen soll? Auf diese Fragen gibt es ebenfalls keine klaren Antworten, die man sich so sehnsüchtig erhofft hat.

Welche Reformen, welche andere Wirtschaftspolitik braucht es denn?

Landmann: Es braucht mehr als einen kurzlebigen Konjunkturschub. Nachhaltiges Wachstum entsteht durch Innovationen und Investitionen, durch eine Ausweitung der Angebotsspielräume, durch eine Verschlankung der Genehmigungsverfahren, die immer noch so vieles behindern und verzögern. Für ein beschleunigtes Abarbeiten seines Investitionsstaus darf sich der Staat vorübergehend auch verschulden. Aber auf die Dauer müssen die öffentlichen Finanzen nachhaltig sein. Die Schuldenbremse war ja ein Versuch, die Politik entsprechend zu disziplinieren. Aber mit dem, was Stand heute im Sondierungspapier steht, wird jeder Rest von Disziplin ausgehebelt.

Wenn man sich die Pakete einzeln ansieht, dann haben wir auf der einen Seite ja den Vorschlag, Verteidigungsausgaben über ein Prozent mit einer gelockerten Schuldenbremse zu finanzieren.

Landmann: Diese Ein-Prozent-Marke verrät doch schon alles. Deutschland gibt mittlerweile gerade knapp die zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung aus, zu denen es schon länger verpflichtet war. Wenn nun der Topf, der außerhalb der Schuldenbremse neu aufgemacht wird, unbefristet für alle Ausgaben jenseits von einem Prozent des BIP zur Verfügung steht, heißt dies nichts anderes, als dass jährliche Mittel im Umfang von einem weiteren Prozent im regulären

Haushalt frei werden, um teure Wahlversprechen der Koalitionäre zu erfüllen. Diese stehen in der zweiten Hälfte des Sondierungspapiers und lesen sich wie die Wunschliste eines Kindes für den Weihnachtsmann.

Krieger: Der Verteidigungstopf ist wichtig. Wir müssen jetzt massiv selbst in die Verteidigung investieren, weil es berechtigte Zweifel an der Verlässlichkeit der USA gibt. Die zusätzlichen Ausgaben können wir in dieser Größe nicht ohne Schulden finanzieren. Deshalb ist es gut, diesen Topf zu haben. Dass er mit dieser Ein-Prozent-Klausel versehen ist, halte ich für falsch. Die Klausel muss bei zwei Prozent liegen, dem eigentlichen Nato-Ausgabenziel. Der Topf muss auch zeitlich befristet sein. Mittelfristig müssen die erhöhten Verteidigungsausgaben aus dem regulären Haushalt finanziert werden. Zudem geht es beim Infrastrukturfonds auch um die Frage: Müssen wir jetzt wirklich noch eine Verfassungsänderung mit dem alten, abgewählten Bundestag machen?

Natürlich ist das Thema Investitionen in Infrastruktur wichtig, aber es rechtfertigt nicht, mit einem abgewählten Bundestag noch in irgendeiner Form eine Verfassungsänderung herbeizuführen.

Gibt es denn eine Alternative zum Wumms?

Landmann: Der Wumms müsste die Prioritäten klarer setzen. Der Politik fehlt das Verständnis dafür, dass Priorisierung immer auch bedeutet, Verzicht zu leisten. Vom Ökonomie-Nobelpreisträger Milton Friedman stammt der Spruch: Es gibt kein Essen umsonst. Die Politik tut aber so, als hätte die Verschuldung keinen Preis. Verschuldung kann helfen, temporäre Belastungsspitzen zu bewältigen. Die Belastung wird dadurch aber nicht weggezaubert, sondern nur über die Zeit gestreckt. Das versteht jeder, der einmal eine Hypothek aufgenommen hat. Man muss der Bevölkerung reinen Wein einschenken: Verteidigung kostet. Wenn Ihr mehr Kanonen haben wollt, gibt es weniger Butter, denn die Ressourcen der Volkswirtschaft sind beschränkt; so steht es in jedem Lehrbuch der Ökonomie. Im Klartext heißt dies, dass der Aufwand für Verteidigung und Investitionen langfristig auch innerhalb des Haushalts mehr Raum erhalten muss. Das Sondierungspapier von Union und SPD gaukelt uns derzeit noch das Gegenteil vor.

Krieger: Eigentlich macht man solche Einsparungen zu Beginn einer Legislaturperiode, aber im Sondierungspapier ist von Verzicht keine Rede. Priorisieren ist aber der Kern von Politik. Man hat immer unzureichende Ressourcen, die man verwalten muss. Ich erwarte jedenfalls von der Politik, dass sie klar sagt, was an erster Stelle steht. Ich pflichte in diesem Zusam-

menhang auch meinem Freiburger Kollegen Lars Feld bei, der in Sachen Verteidigung Steuererhöhungen nicht ausgeschlossen hat. Mir wäre es jedoch lieber, wir würden sparen, indem wir Prozesse verschlanken. Es gibt über 200 verschiedene Sozialleistungen in Deutschland. Da sind bestimmt große Effizienzgewinne möglich, ohne dass es jemandem dabei schlechter geht.

Wo lässt sich Verzicht üben? Wo kann zusätzlich gespart werden?

Landmann: Das Setzen von Prioritäten ist eine politische, wertegeleitete Entscheidung, für die es nie einen objektiven wissenschaftlich Maßstab geben kann. Als Ökonomen können wir nur helfen, Kosten, Wirkungen und Zusammenhänge zu erhellen. Womöglich fällt es uns leichter, die Zielkonflikte zu benennen, als den Politikern, die befürchten müssen, Stimmen zu verlieren, wenn sie von Verzicht sprechen. Unterstützung für Prioritäten ist leichter zu gewinnen, wenn man auf Opfersymmetrie achtet, statt bestimmte Gruppen herauszupflücken, die sich dann natürlich besonders heftig zur Wehr setzen. Deshalb würde ich zum Beispiel nicht einfach das Elterngeld gänzlich streichen, wie es vorgeschlagen wurde. Ebenso falsch finde ich es aber auch, Din-



Tim Krieger

gen von vornherein zum Tabu zu erklären – seien es die Sozialausgaben, die zuletzt überproportional gewachsen sind, seien es neue Steuern. Warum nicht mit einem Verteidigungs-Soli an das Wir-Gefühl appellieren?

Krieger: Sparen allein reicht nicht. Wir benötigen auch eine positive Wachstumsagenda, die überzeugend ist. Wir brauchen vor allem mehr private Investitionen in der Bundesrepublik. Deshalb bedarf es einer umfassenden Unternehmenssteuerreform, von der möglichst viele Unternehmen profitieren.

Welche Folge hat das Riesenpaket für die Bürger? Höhere Zinsen, mehr Inflation, aber auch eine höhere Arbeitsplatzsicherheit

und stärkere Lohnzuwächse, weil die Wirtschaft wegen der steigenden Staatsausgaben wieder brummt?

Krieger: Trotz der eher schlechten wirtschaftlichen Lage ist die Arbeitsplatzsicherheit nicht das vordringlichste Problem der Bundesrepublik. Die höheren Staatsausgaben werden vielmehr den Fachkräftemangel in der Tendenz wieder verschärfen. Steigert ganz Europa massiv die Staatsausgaben, vergrößert sich das Problem entsprechend. Das erhöht den Lohndruck und in der Tendenz auch die Inflation. Das spricht gegen weitere Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank. Ich gehe auch davon aus, dass die langfristigen Zinsen steigen werden. Darunter leiden die Staatshaushalte, weil die Zinskosten in die Höhe klettern. Die Bundesrepublik mag das noch verkraften können, andere Länder wie Frankreich oder Italien haben aber eine deutlich höhere Verschuldung. Höhere Zinsen engen die politischen Handlungsspielräume ein. Dies kann radikale Kräfte an den politischen Rändern stärken.

Droht eine neue Euro-Krise?

Landmann: An höheren Schulden führt kurzfristig nichts vorbei, wenn Europa rasch verteidigungsbereit werden will. Unmittelbar droht dem Euro davon noch keine Gefahr. Entscheidend ist aber, dass die Staatsverschuldung längerfristig wieder auf einen nachhaltigen Pfad zurückgeführt wird. Sollte dies nicht gelingen, käme es früher oder später zu einer gefährlichen Machtprobe zwischen der Fiskalpolitik und der Geldpolitik – ein Szenario, an dem niemand ein Interesse haben kann.

Kriege sind Innovationstreiber. Das zeigt der Siegeszug der Drohnen. Besteht nicht die Gefahr, dass wir jetzt militärisches Gerät ordern, das schon bald wegen des technischen Fortschritts wieder nutzlos wird?

Krieger: Gänzlich ohne Wirkung bleibt kein Waffensystem. Wichtig aus meiner Sicht ist die Frage, wie wir es schaffen, eine schlagkräftige Armee effizient auszurüsten, in der die europäischen Partner ohne großen Aufwand zusammenarbeiten können. Dazu bedarf es vor allem einer hohen Standardisierung der Waffensysteme und scharfen Wettbewerbs zwischen Rüstungsanbietern. Ansonsten verzeichnen einzelne Rüstungsfirmen Monopolgewinne, die zu Lasten der Gesellschaft gehen.

Dietmar Ostermann und Bernd Kramer

▶ Tim Krieger (Jahrgang 1972) ist Wilfried-Guth-Stiftungsprofessor für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik an der Universität Freiburg.

▶ Oliver Landmann (Jahrgang 1952) hatte von 1987 bis 2020 den Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie an der Freiburger Albert-Ludwigs-Universität inne.